

Fachkräftemangel und Rentensystem

Die „Bildungsoffensive“ – Ausweg oder Flop?

Gebannt blicken Wirtschaft und Politik auf den sich immer schärfer abzeichnenden Fachkräftemangel. Krampfhaft wird nach Lösungen gesucht. Die Aktivitäten bewegen sich aber in einem ideologisch vorgegebenen Rahmen, auf den auch die Probleme selbst zurückzuführen sind. Wichtige Hintergründe werden ignoriert. Bildungspolitik ist aber mehr als nur Schulpolitik.

von Dr. Johannes Resch

Seit Jahren propagiert Bildungsministerin Annette Schavan im Einvernehmen mit der Wirtschaft eine „Bildungsoffensive“. Mit ihr soll dem Fachkräftemangel begegnet werden, der aufgrund des Geburtenrückgangs zu erwarten ist und z.T. schon besteht. „Bildungsgipfel“ werden veranstaltet. Angela Merkel ruft die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus. Das Gedankenexperiment: Die geringere Zahl potentieller Fachkräfte soll durch bessere Ausbildung der verbleibenden ausgeglichen werden. Anders ausgedrückt: Zwei Ingenieure sollen die Arbeit des fehlenden dritten mit übernehmen.

Aber wie sieht die Wirklichkeit aus? Die Wirtschaft beklagt die für eine Lehre mangelhafte Qualifikation vieler Schulabgänger und fordert eine bessere Ausbildung der Lehrer. Die Gewerkschaft Erziehung verweist auf die Zunahme von „Risiko-Kindern“. Der Geburtenrückgang wird zur Einsparung von Kosten statt zur Qualitätsverbesserung von Erziehung und Bildung benutzt. Die Einführung von Studiengebühren erschwert den Zugang zu Hochschulen. Überall werden Bildungsprobleme beklagt. Kaum jemand fragt ernsthaft nach den Ursachen.

Es ist kein Geheimnis, dass Familien infolge ihrer sozialrechtlichen Benachteiligung immer mehr verarmen. Besonders gilt das für Mehr-Kinder-Familien und Alleinerziehende, also dort wo die meisten Kinder aufwachsen. Eingeleitet wurde diese Entwicklung schon durch die Rentenreform Adenauers, die einer Enteignung der Eltern zugunsten des kinderlosen Bevölkerungsteils

gleichkam. Seitdem wurde die Erziehungsleistung immer weiter diskriminiert. Zuletzt geschah das durch das 2007 eingeführte Elterngeld, das ganz gezielt Eltern mit mehreren Kindern benachteiligt und meist schlechter stellt als beim früheren Erziehungsgeld. Bei der finanziellen und sich daraus ergebenden zeitlichen und psychologischen Überforderung der Eltern ist es kein Wunder, wenn der Erziehungserfolg auf breiter Front sinkt.

Auf den ersten Blick hat das mit Bildungspolitik wenig zu tun. Und tatsächlich wird der Zusammenhang von den Akteuren in Politik und Wirtschaft auch völlig ignoriert. Aber den durch Geld- oder Zeitnot geplagten Eltern wird es immer schwerer gemacht, ihren Kindern die Zuwendung zu geben, die für eine

können durch eine „professionelle“ Betreuung, am besten vom Säuglingsalter an, kompensiert werden. Das wird sogar als Teil der „Bildungsoffensive“ verkauft. Die Wirtschaft applaudiert, weil sie die Verfügbarkeit aller Eltern auf dem Arbeitsmarkt wünscht, denn bei einem Überangebot an Arbeitskräften kann sie die Löhne senken.

Von Wirtschaftslobbyisten werden sogar Scheinstudien erstellt, die die Überlegenheit der Krippenbetreuung beweisen sollen. Ein Beispiel ist eine „Studie“ der Bertelsmann-Stiftung, die 2008 mit allem Ernst behauptete, der Besuch einer Kinderkrippe erhöhe die Wahrscheinlichkeit, später ein Gymnasium zu besuchen um 40%. Dabei ist das Ergebnis dieser Zahlenspielerei leicht durch nicht berücksich-

Von Geld- oder Zeitnot geplagte Eltern können ihren Kindern kaum die nötige Zuwendung geben.

stabile psychische Entwicklung erforderlich ist. Emotional unterversorgte Kinder haben aber später große Schwierigkeiten zu lernen. Bei einem ausgeprägten Grundgefühl von Unsicherheit kann das Kind kaum eine gesunde Neugier entwickeln. Die jedoch ist Grundlage für eine befriedigende Lernbereitschaft im Schulalter.

Scheinausweg Nr. 1: Die „Krippenoffensive“

Wie reagiert die Bundesregierung darauf? Statt die Erziehungsfähigkeit der Familien wieder zu stärken, wird den Eltern vorgegaukelt, die bestehenden Defizite

wicklung und damit für spätere Bildungsbereitschaft.

Auch eine noch so gut geführte Kinderkrippe kann die sozialpolitisch verursachten Defizite in der Familie nicht ausgleichen. „Nestwärme“ kann nicht professionell erzeugt werden. Sie entsteht vielmehr aus der Beziehung zwischen Eltern und Kindern. Allerdings kann diese „psychische Nabelschnur“ durch Belastungen wie Geld- oder Zeitmangel blockiert werden.

Auf die ganz besonderen Integrationsprobleme von Kindern mit Migrationshintergrund, deren Eltern oft kaum deutsche Sprachkenntnisse besitzen, kann hier nicht näher eingegangen werden. Dort sind ganz spezielle Maßnahmen gefordert. Dieser Problembereich darf aber nicht zum Vorwand genommen werden, von den zentralen Erfordernissen abzulenken.

Scheinausweg Nr. 2: Abbau des gegliederten Schulsystems

Im Rahmen der „Bildungsoffensive“ wird auch ein schrittweiser Abbau des gegliederten Schulsystems einschließlich der Abschaffung von Hauptschulen angestrebt. Durch Vereinheitlichung des Schulsystems soll „Chancengleichheit“ für alle Kinder geschaffen werden. Angeblich gäbe es dann weniger Schulversager. Gleiche äußere Bedingungen in der Schule verbessern aber nicht die Chancen für den einzelnen Schüler. Sie werden eher verschlechtert. Je breiter das Leistungsspektrum, desto schwieriger ist es, auf die unterschiedlichen Schülergruppen einzugehen. Die leistungsfähigeren werden unterfordert und die anderen überfordert.

Dabei darf nicht verkannt werden, dass es in jedem Schulzweig Reformbedarf gibt – besonders bei den heutigen Hauptschulen. Es kann aber von keiner Schulreform erwartet werden, Schäden zu beheben, die durch Vernachlässigung der Familien entstanden sind. Da gibt es heute viele falsche Schuldzuweisungen an Schulen und Lehrer. Alle pädagogischen, psychologischen und gegebenenfalls auch medizinischen Maßnahmen sind nur geeignet, die negativen Auswirkungen der verfehlten Familienpolitik zu mindern. Bildungspolitik neben

oder gegen die Familien bleibt immer ein Torso.

Sicher trifft es zu, dass heute Kinder aus ärmeren Familien in ihrer Bildungskarriere benachteiligt sind. Das liegt aber nicht am Schulsystem, sondern an den unterschiedlichen Bedingungen der vorschulischen Entwicklung und dem fehlenden finanziellen Spielraum. Hier hilft nur, die Erziehungsfähigkeit der Familien und ihre wirtschaftliche Lage durch Abbau der sozialrechtlichen Benachteiligung wieder zu stärken. Die Schule kann bei frühkindlich verursachter unzureichender Bildungsfähigkeit nur noch versuchen, auf diese Kinder besonders einzugehen. Das erfordert aber einen differenzierten Umgang mit verschiedenen Schülergruppen. Eine Gleichbehandlung ist bei unterschiedlichen Voraussetzungen kontraproduktiv.

Oft wird behauptet, unser gegliedertes Schulsystem fördere die Abschottung einer „Bildungselite“ gegen unliebsame Konkurrenz. Durch einen Vergleich mit dem Ausland lässt sich das entkräften. In Deutschland gibt es derzeit noch deutlich weniger „Elite-Schulen“

als in Frankreich, England oder den USA. Die deutsche „Oberschicht“ hielt sie bisher nicht für besonders erforderlich.

Das breite Spektrum öffentlicher Schulen steht allen Bevölkerungsgruppen offen – soweit die Eltern es sich „leisten“ können, ihre Kinder auf höhere Schulen zu schicken. Wenn Eltern wollen, dass ihre Kinder so schnell wie möglich Geld verdienen, liegt das an deren sozialrechtlicher Benachteiligung und nicht am Schulsystem. Die Klage, sozial schwache Familien förderten ihre Kinder ungenügend, greift nicht, so lange sie infolge Zeit- oder Geldmangels gar nicht die Möglichkeit dazu haben.

Allerdings ist vorauszusetzen, dass eine Vereinheitlichung unseres Schulsystems von der „Oberschicht“ als Abwertung empfunden würde. Rasch entstünden dann teure Privatschulen. Die Oberschicht würde sich vom öffentlichen Schulsystem

abkoppeln und das Interesse daran verlieren, wie das in den USA offensichtlich ist. Eine Perspektive im Sinne besserer Bildungsmöglichkeiten für alle ist das nicht.

Was beim Erfolg der „Bildungsoffensive“ passieren würde

Wischen wir mal die angeführten Einwände beiseite und nehmen an, es gelänge der Bildungspolitik tatsächlich, die auf zwei Drittel geschrumpfte Kindergeneration so gut auszubilden, dass sie die sozialen Lasten für das nicht geborene Drittel mit übernehmen könnte. Bei Beibehaltung unseres Sozialrechts zur Versorgung der Rentnergeneration wird ja genau



Foto: BilderBox

das verlangt. Nehmen wir also an, der Staat mutet künftig zwei Bürgern zu, die Soziallast des infolge des Geburtenrückgangs fehlenden dritten mit zu tragen. Nehmen wir weiter an, die zwei wären aufgrund ihrer guten Ausbildung auch in der Lage, das zu leisten. Was würde dann passieren?

Würden diese „überzüchteten“ Leistungsträger wirklich ihre ganze Schaffenskraft darauf verwenden, ein immer größer werdendes Rentnerheer zu alimentieren? Das scheint reichlich weltfremd. Weit wahrscheinlicher ist, dass sie sich überlegen, wie sie einen größeren Anteil des von ihnen erwirtschafteten Wertes für sich selbst bzw. für ihre eigene Familie behalten können. In Deutschland ist das unter den gegebenen sozialrechtlichen Bedingungen nicht möglich. Deshalb werden viele ins Ausland abwandern, wo ihnen aufgrund ihrer guten Ausbildung alle Türen offen stehen.

Das heißt: die ohnehin zu wenigen Fachkräfte werden noch weniger. Die hohen Bildungsinvestitionen sind dann für Deutschland in den Wind geschrieben und subventionieren die übrige Welt. Der Teufelskreis setzt sich fort. Die Abwanderung von Fachkräften erhöht die

beteiligen. Nur dann können Eltern wieder die Ausgeglichenheit entwickeln, die sie benötigen, um ihren Kindern ausreichend Geborgenheit und Sicherheit als Grundvoraussetzung für spätere Bildungsfähigkeit zu bieten.

(2) Auch von einer erfolgreich ausgebildeten nachwachsenden

Emotional unterversorgte Kinder haben später große Schwierigkeiten zu lernen.

Überforderung der restlichen, die dann auch zur Abwanderung motiviert werden. Zurück bleiben vor allem die, bei denen alle Bildungsversuche wenig Erfolg

Generation darf nicht verlangt werden, dass sie die sozialen Lasten der infolge des Geburtenrückgangs nicht geborenen Gleichaltrigen mit übernimmt.

Wenn weniger Kinder geboren werden als zum Erhalt der Bevölkerungszahl erforderlich sind, muss das vom kinderlosen Bevölkerungsteil nicht für Kindererziehung benötigte Geld angespart und zu dessen Altersversorgung verwendet werden. Nur so lassen sich die Leistungsträger der nachfolgenden Generation vor Überforderung schützen und im Land halten.

Auf den ersten Blick scheint dieser

Aspekt nichts mit Bildungspolitik zu tun zu haben. Wird er aber nicht beachtet, wird auch die beste Bildungspolitik zum Flop. Die Bedeutung der Schulen soll hier nicht klein geredet werden. Mit Schulreformen allein kann aber eine „Bildungsoffensive“ nicht erfolgreich sein.

Zwei entscheidende Dinge, die heute zu tun sind

Um dieser sich abzeichnenden Entwicklung zu begegnen, sind vor allem zwei Dinge zu beachten, die bis heute von der Politik geradezu starrsinnig ignoriert werden:

(1) Eltern müssen wieder zu gleichberechtigten Bürgern werden, indem ihnen die Erziehung ihrer Kinder nicht mehr als Frondienst für die Gesellschaft abverlangt wird. Werden die erwachsen gewordenen Kinder zur Altersversorgung aller verpflichtet, müssen sich auch alle in gleichem Maße an den Kinderkosten

Dr. Johannes Resch



Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als Leitender Arzt eines Versorgungsamts.

In die ÖDP trat er 1996 ein. Seit 1998 ist er Mitglied der Programmkommission und seit 2008 ihr Sprecher, außerdem Sprecher des ÖDP-Bundesarbeitskreises „Familie Soziales Gesundheit“.

Kontakt:
johannes.resch@t-online.de